koschyks
politische Korrespondenz

POLITISCHE INFORMATIONEN AUS ERSTER HAND

AUSGABE 16 I DEZEMBER 2009 I JAHRGANG 4

Zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel wünsche ich Zeit für Stunden der Muße und Besinnung sowie für das Jahr 2010 Gesundheit, Zufriedenheit, erfolgreiches Wirken und Gottes Segen.

Ihr Hartmut Koschyk

Blick auf den Bayreuther Weihnachtsmarkt mit der Spitalkirche

Hartmut Koschyk mit Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein

...mit Ministerpräsident und dem CSU-Parteivorsitzenden Horst Seehofer

Impressionen aus dem Bundestagswahlkampf

Das Engagement hat sich gelohnt. Mit über 50% der Erststimmen konnte ich ein achtbares Ergebnis erzielen und damit mit kräftigem Rückenwind wieder die Arbeit als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter in Berlin aufnehmen. Für die Hilfe und Unterstützung im Wahlkampf danke ich sehr. Auf dieser Seite finden Sie eine kleine Auswahl von Wahlkampfimpressionen. Nochmals vielen Dank!
Ihr Hartmut Koschyk.

...mit dem Bayerischen Finanzminister Georg Fahrenschon

...mit seiner Bundestagskollegin und BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach

...mit dem damaligen Wirtschaftsminister zu Guttenberg

...mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

WACHSTUMSBESCHLEUNIGUNGSGESETZ SETZT IMPULS FÜR WIRTSCHAFTLICHEN AUFSCHWUNG IN DEUTSCHLAND

Familien, Arbeitnehmer und Unternehmen werden um 22 Mrd. entlastet

Die Folgen der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland sind noch nicht überwunden.

In dieser sehr ernsten und beispiellosen wirtschaftlichen Gesamtsituation gilt es, den Einbruch des wirtschaftlichen Wachstums so schnell wie möglich zu überwinden und neue Impulse für einen stabilen und dynamischen Aufschwung zu setzen. Nur durch nachhaltiges Wachstum können die Folgen der Krise überwunden werden. Eine Steuerpolitik, die sich in diesem Sinne als Wachstumspolitik versteht, schafft Vertrauen und Zuversicht und stärkt durch wirksame und zielgerichtete steuerliche Entlastungen die produktiven Kräfte unserer Gesellschaft.

Mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz, beweist die neue bürgerliche Bundesregierung ihre Fähigkeit, die Folgen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise nachhaltig abzufedern: Es wird ein wichtiger Impuls für einen dynamischen und stabilen wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland gesetzt.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz bündelt Entlastungen in verschiedenen Bereichen des Steuerrechts. Zusammengerechnet mit den steuerlichen Maßnahmen, die bereits vor der Wahl beschlossen wurden, werden Bürger und Unternehmen zum 1. Januar 2010 um über 20 Milliarden Euro oder rund 1 % des Bruttoinlandsprodukts entlastet. Es gilt, was die Unionsparteien versprochen haben: Mehr Netto vom Brutto!

Zur steuerlichen Entlastung und Förderung der Familien mit Kindern und zur besonderen Berücksichtigung der Aufwendungen der Familien für die Betreuung und Erziehung oder Ausbildung der Kinder sollen die Freibeträge für Kinder für jedes Kind ab 2010 von insgesamt 6.024 Euro auf 7.008 Euro angehoben und das Kindergeld ab dem 1. Januar 2010 für jedes zu berücksichtigende Kind um 20 Euro erhöht werden.

Des Weiteren sollen gezielte krisenentschärfende Korrekturen im Bereich der Unternehmensbesteuerung es den Unternehmen erleichtern, die unmittelbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu verkraften und ihre Position im internationalen Wettbewerb zu verteidigen. So soll zum Beispiel bei der Zinsschranke eine höhere Freigrenze von 3 Mio. Euro dauerhaft eingeführt werden, um kleine und mittlere Unternehmen von der Zinsabzugsbeschränkung auszunehmen. Diese werden dadurch in konjunkturell schwierigen Zeiten nachhaltig entlastet und gestärkt. Ebenso soll der Abzug von Verlusten bei bestimmten konzerninternen Umgliederungen zugelassen werden, um Wachstums- >

Neuer Platz von Hartmut Koschyk auf der Regierungsbank im Deutschen Bundestag

INHALT

Impressionen aus dem Bundestagswahlkampf 2
Wachstumsbeschleunigungsgesetz 3
Stifungsprofessur für Verbraucherrecht 4
Jahrestag der Kreishandwerkerschaft / Jungmeisterfeier des Oberfränkischen Handwerks 5
Bundesbankfiliale in Bayreuth 6
Breitbandversorgung im ländlichen Raum 6
Neue Autobahnkirche an der BAB 9 7
Geschwindigkeitsbegrenzung für Wolfsbach 7
Goldkronacher Gespräche 8
Einsatz der Neigetechnik auf der Bahnstrecke Bayreuth – Nürnberg 8
Sofortprogramm für Landwirtschaft 9
Verabschiedung des THW-Geschäftsführers Dieter Stern 9
Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen 10
6. Bundesweiter Vorlesetag 10
20 Jahre Berufsfachschule für Altenpflege in Bayreuth 11
Ausstellung zum 20. Jahrestag des Mauerfalls 11
Roman Herzog in Bayreuth 12
Weinkönigin Sonja Christ 12
Impressum 12

hemmnisse für Unternehmen zu beseitigen. Eine Neuregelung zur Sofortabschreibung von Wirtschaftsgütern bis 410 Euro soll ebenfalls eingeführt werden. Alternativ wird ein Wahlrecht zur Bildung eines Sammelpostens für alle Wirtschaftsgüter zwischen 150 und 1.000 Euro zugelassen, wodurch Unternehmen mehr Flexibilität bei der Wahl zwischen den Abschreibungsmodalitäten erhalten. Die Umstrukturierung von Unternehmen soll hingegen im Bereich der Grunderwerbsteuer erleichtert werden. So sollen Grundstücksübergänge im Rahmen von Umstrukturierungen bei Umwandlungsvorgängen unter bestimmten Voraussetzungen grunderwerbsteuerlich begünstigt werden. Durch diese Maßnahme erhalten die Unternehmen mehr Flexibilität und können sich so leichter situationsgerecht den jeweiligen Marktlagen anpassen.

Auch im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer sollen Hemmnisse für den Unternehmensübergang beseitigt werden. Es gilt, die Betriebe in die Lage zu versetzen, auf Veränderungen der Beschäftigungslage flexibler reagieren zu können. Daneben werden steuerliche Ungleichbehandlungen beseitigt. So soll die Steuerbelastung für Geschwister und Geschwisterkinder bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer von 15 bis 43 % gesenkt werden.

Es bleibt das Hauptziel der finanzpolitischen Strategie der Bundesregierung, mittels Wachstumsstärkung schneller durch die Krise zu kommen und alles für einen selbsttragenden Aufschwung zu tun. Dabei spielt für die bürgerliche Koalition eine wachstumsorientierte Steuerpolitik eine entscheidende Rolle. Es gilt, durch zielgerichtete steuerliche Entlastungen die produktiven Kräfte in der Gesellschaft zu stärken und diesen zusätzliche finanzielle Spielräume zu eröffnen. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und der Umsetzung des schon in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Bürgerentlastungsgesetzes und des Konjunkturprogramms II werden Familien, Arbeitnehmer und Unternehmer ab Januar 2010 um ca. 22 Mrd. Euro entlastet. Mit diesem Maßnahmenpaket will die Bundesregierung die Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise überwinden, einen selbsttragenden Aufschwung schaffen und die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland stabilisieren.

NEUE STIFTUNGSPROFESSUR FÜR VERBRAUCHERRECHT AN DER UNIVERSITÄT BAYREUTH

Bis 2012 über 900.000 Euro Förderung

Die Universität Bayreuth bekommt eine Stiftungsprofessur für Verbraucherrecht. Das hat Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner gemeinsam mit Hartmut Koschyk bekannt gegeben. Die Forschungseinrichtung im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes wird mit 900.000 Euro bis zur zweiten Jahreshälfte 2012 finanziert, mit dem neuen Lehrstuhl kommen fünf Doktorandenstellen, sechs Stellen für studentische Hilfskräfte und ein dazugehöriges Sekretariat hinzu. Ziel ist es, das Verbraucherrecht aus der bislang dominierenden Betrachtung aus einseitig zivil- oder öffentlich-rechtlichem, europa- oder nationalrechtlichem oder allein auf einzelne Märkte bezogenen Blickwinkel zu lösen und zu einem übergreifenden Ganzen zu verbinden. „Wegen dieser Entscheidung stehe ich seit Monaten im intensiven Kontakt mit Bundesministerin Aigner“, erklärte der parlamentarische Finanzstaatssekretär und Bayreuther Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk.

Mit ausschlaggebend für die Wahl Bayreuths war die bisherige Zusammenarbeit mit dem Max-Rubner-Institut in Kulmbach. „Verbraucherschutz und Recht haben immer größere Auswirkungen auf die Gesellschaft, weshalb ich mich auch für die Einrichtung des Lehrstuhls stark gemacht habe“, so Koschyk. In der Stiftungsprofessur stecke immenses Potenzial für die gesamte Region. Die Vergabe an die Universität Bayreuth sei vor allem ein Erfolg für die Leitung der Universität, besonders für Präsident Professor Dr. Rüdiger Bormann und den Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht, Prof. Dr. Markus Möstl.

Koschyk stimmt auch mit dem Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Oberfranken, Horst Eggers, überein, dass es sich hierbei um ein herausragendes Beispiel für die Verbindung von Forschung und Anwendung handelt. Gerade im Hinblick auf die „Genussregion Oberfranken“ werden von dem neuen Lehrstuhl auch Impulse für das Handwerk ausgehen. Die Wahl Bayreuths ist ein weiterer Schritt auf dem erfolgreichen Weg der Universität Bayreuth. Der Lehrstuhl wird zeigen, dass Forschung nicht im Elfenbeinturm stattfindet sondern eng an die Praxis gekoppelt ist, schließlich trifft das Verbraucherrecht auf eine Kaffeefahrt genauso zu wie auf das Marketing für Qualitätsbier.

Die Universität Bayreuth, als international operierende, kooperations- und schwerpunktorientierte Forschungsuniversität mit innovationsfähigen Strukturen, entwickle sich in hervorragender Weise. Koschyk: „Die Vergabe einer Stiftungsprofessur für Verbraucherschutz ist ein wichtiger Impuls für die Universität Bayreuth, aber auch für die Wirtschaftsregion Oberfranken.“

Die Universität Bayreuth bekommt eine Stiftungsprofessur für Verbraucherrecht. Diese Entscheidung hat Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner bekannt gegeben. Mit im Bild: HWK-Hauptgeschäftsführer Horst Eggers, Landrat Hermann Hübner und der Bayreuther Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk (von rechts).

75JÄHRIGES BESTEHEN DER KREISHANDWERKERSCHAFT UND JUNGMEISTERFEIER DES OBERFRÄNKISCHEN HANDWERKS

Handwerksbetriebe sind tragende Säule der Wirtschaft

Von links: HWK-Präsident Thomas Zimmer, HWK-Hauptgeschäftsführer Horst Eggers, ZDH-Präsident Otto Kentzler und Hartmut Koschyk.

Der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks Otto Kentzler hat bei der Jungmeisterfeier des oberfränkischen Handwerks die Politik der neuen Bundesregierung nachdrücklich verteidigt. Steuerentlastungen gerade bei mittleren und niedrigeren Einkommen seien der richtige Weg für mehr Konsum und dadurch auch für mehr Investitionen der Personenunternehmer. Die Haushaltskonsolidierung des Bundes könne nur dann gelingen, wenn die Steuer- und Beitragseinnahmen durch Wachstum wieder steigen. Als weiteren Schritt nannte der ZDH-Präsident mutige Reformen in den sozialen Sicherungssystemen. Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge bezeichnete er als richtig, um die Folgen des demografischen Wandels nicht immer weiter dem Faktor Arbeit aufzubürden. Ebenso wenig dürften sie allerdings auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden. Kentzler sprach sich deshalb für mehr Wettbewerb, für Einsparungen und für die Nutzung von Effizienzreserven aus. Nur so sei letztlich das Ziel „Mehr Netto vom Brutto" zu erreichen.

„Mehr Netto vom Brutto", das war auch das Stichwort für den oberfränkischen Handwerkskammerpräsidenten Thomas Zimmer. Wichtig für die Existenz eines jeden Handwerksbetriebs sei die Binnennachfrage. Sie könne aber nur steigen, wenn dem Bürger auch mehr Geld in der Tasche bleibt. Deshalb sei die Entlastung von Steuern und Sozialausgaben auch so wichtig für das Handwerk.

Von den frischgebackenen Meistern werden sich nach den Worten Zimmers viele nicht verändern und trotz bestandener Meisterprüfung im angestammten Betrieb weiterarbeiten. Manche werden neue Aufgabengebiete, vielleicht mit mehr Verantwortung übernehmen, andere werden ihren Arbeitsplatz wechseln. Wieder andere werden in der Industrie neue Herausforderungen suchen oder sogar ins Ausland gehen. Schließlich werde das Werk eines Handwerkers überall auf der Welt verstanden. Damit hebe sich der Handwerker auch von Absolventen einer akademischen Ausbildung ab, denn für sie sei der Schritt ins Ausland nicht immer so einfach.

Insgesamt wurden in der Bayreuther Oberfrankenhalle 397 frischgebackene Meister verabschiedet, fast genau ein Viertel davon waren Frauen. Der jüngste war erst 19 Jahre alt, der älteste hatte mit 53 Jahren schon mehr Lebenserfahrung aufzuweisen. Bei den Berufen war am stärksten das Friseurhandwerk mit 113 Teilnehmern vertreten, gefolgt von Berufen aus dem Kraftfahrzeugtechnikerhandwerk mit 107 Teilnehmern. Insgesamt hatten sich 426 Kandidaten der Meisterprüfung unterzogen, das bedeutet, nur gut sechs Prozent der Teilnehmer haben die Meisterprüfung nicht bestanden. Am Rande der Jungmeisterfeier zeichnete ZDH-Präsident Kentzler den Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Oberfranken Horst Eggers für seine hohen Verdienste mit dem goldenen Handwerkszeichen des ZDH aus.

Hartmut Koschyk gratulierte Kreishandwerksmeister Peter Engelbrecht zum 75-jährigen Bestehen der Kreishandwerkerschaft Bayreuth

JAHRESTAG DER KREISHANDWERKERSCHAFT

Zusammen mit ihrem traditionellen Jahrestag hat die Kreishandwerkerschaft Bayreuth ihr 75-jähriges Bestehen gefeiert. Zur Kreishandwerkerschaft gehören 20 Innungen mit 2.500 Handwerksbetrieben und rund 12.400 Beschäftigten in der Stadt und im Landkreis. Das Handwerk könne optimistisch in die Zukunft blicken und werde gestärkt aus der Krise hervorgehen, sagte Koschyk. Der Koalition in Berlin sei die Bedeutung der Wirtschaftsgruppe Handwerk durchaus bewusst, deshalb seien auch im Koalitionsvertrag weitere wichtige Wirtschaftsimpulse vorgesehen, die bereits zum 1. Januar 2010 in Kraft treten werden. Wenn auch nicht sämtliche Forderungen seitens des Handwerks aufgenommen wurden, so äußerte HWK-Präsident Thomas Zimmer seine Freude darüber, dass im Koalitionsvertrag das Handwerk explizit genannt werde. Die oberfränkischen Kreishandwerkerschaften, von denen gleich mehrere im laufenden Jahr ihren 75. Geburtstag feiern konnten, nannte der HWK-Präsident einen nicht mehr wegzudenkenden Teil der Selbstverwaltung des Handwerks. Allen, die sich dabei ehrenamtlich engagieren bescheinigte er gelebten Gemeinsinn, denn sie engagierten sich über ihren Betrieb hinaus für den gesamten Berufsstand.

An der Spitze der Kreishandwerkerschaft Bayreuth standen in den zurückliegenden 75 Jahren die folgenden Persönlichkeiten: Metzgermeister Hans Rehm (1934 – 1936), Schlossermeister Johann Georg Schmidt (1936 – 1939), Fotografenmeister Fritz Ramme (1939 – 1945), Bäckermeister Friedrich Wilhelm Glenk (1945 – 1950), Schneidermeister Georg Decker (1950 – 1969), Kaminkehrermeister Clemens Hauser (1969 – 1972), Maler- und Lackierermeister Karl Kudlick (1972 – 1988), Bäckermeister Manfred Lang (1988 – 2007).

KOSCHYK: „SCHLIESSUNG DER BUNDESBANKFILIALE IN BAYREUTH IM JAHR 2012 ABGEWENDET!"

„Ringen um Erhalt geht weiter!"

Der Bayreuther Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk hat sich entschieden gegen eine Schließung der Bundesbankfiliale in Bayreuth im Jahr 2012 ausgesprochen. Dabei hatte er die volle Unterstützung des Bayerischen Staatsministers der Finanzen, Georg Fahrenschon, der sich schriftlich an den Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Herrn Prof. Dr. Axel Weber, gewandt hatte, um sich nachdrücklich gegen eine Änderung der Filialstruktur und insbesondere für den Erhalt des Standortes in Bayreuth auszusprechen.

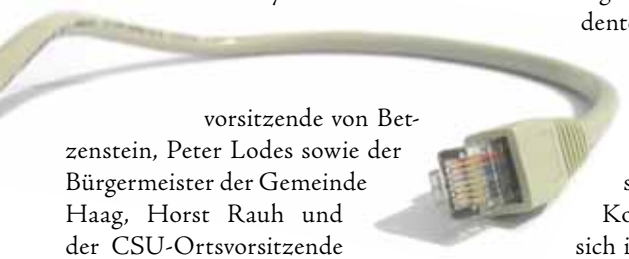
Der Vorstand der Deutschen Bundesbank hat nun am 20.10.2009 die Eckpunkte seiner Filialstrategie konkretisiert. Danach soll die Schließung der Bundesbankfiliale in Bayreuth von 2012 auf 2015 verschoben werden. Der Vorstandsbeschluss durchläuft gegenwärtig noch verschiedene mitwirkende Gremien.

Koschyk: „Die Verschiebung der Schließung der Bundesbankfiliale in Bayreuth um drei Jahre gibt Anlass zur Hoffnung, eine endgültige Schließung doch noch abzuwenden. Wenn die Bundesbank ihre Filiale in Bayreuth schließen würde, wäre sie in Zukunft im gesamten nordostbayerischen Raum nicht mehr präsent. Gerade in unserem grenznahen Gebiet ist aber das regionalpolitische Interesse an einem Erhalt einer Niederlassung der Bundesbank besonders hoch. Eine Schließung der Bundesbankfiliale würde der Wirtschaft und den Kreditinstituten vor Ort den Zugriff auf die Leistungen der Deutschen Bundesbank kaum zumutbar erschweren. Die Bundesbankfiliale in Bayreuth könnte durchaus von der Schließung der Bundesbankfilialen in Meiningen und Dresden und den damit verbundenen zusätzlichen Geldkreisläufen profitieren. Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Bayreuth-Forchheim werde ich mich in einem sachlichen Dialog mit den Verantwortlichen der Deutsche Bundesbank dafür einsetzen, dass die Wirtschaftlichkeit der Bundesbankfiliale in Bayreuth nach der Schließung der Bundesbankfilialen in Meiningen und Dresden erneut geprüft wird. Gemeinsam gilt es, nachhaltig dafür zu kämpfen, eine Schließung der Bundesbankfiliale in Bayreuth zu verhindern."

FLÄCHENDECKENDE BREITBANDVERSORGUNG FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMES ZWINGEND ERFORDERLICH

„Beim Thema DSL nicht lockerlassen!"

Hartmut Koschyk setzt sich weiter für die DSL-Versorgung der ländlichen Räume in seinem Wahlkreis ein. So unterstützt Koschyk aktuell insbesondere die Gemeinden Betzenstein und Haag bei ihren Bemühungen um die DSL-Versorgung. Der Bürgermeister von Betzenstein, Claus Meyer und der CSU-Ortsvorsitzende von Betzenstein, Peter Lodes sowie der Bürgermeister der Gemeinde Haag, Horst Rauh und der CSU-Ortsvorsitzende von Haag, Stefan Heidenreich, hatten sich an Hartmut Koschyk mit der Bitte gewandt, die beiden Gemeinden zu unterstützen.



In Bezug auf die Stadt Betzenstein hat Koschyk die Deutsche Telekom AG aufgefordert, ein tragfähiges Angebot für einen DSL-Ausbau zu unterbreiten. Vorausgegangen war, dass die Deutsche Telekom sich beim Auswahlverfahren für das Gemeindegebiet Betzenstein nicht beteiligte, obwohl sie vergangenes Jahr der Stadt Betzenstein eine Kostenaufstellung unterbreitet hatte.

Ebenso hatte die Telekom ihr Angebot für eine Breitbanderschließung in Höhe von 24.000 Euro für die Gemeinde Haag zurückgezogen. Koschyk hatte sich daraufhin umgehend an den Bayerischen Ministerpräsidenten, Horst Seehofer, gewandt, damit bei den Gesprächen in der Arbeitsgruppe mit der Telekom das Verhalten der Telekom in Betzenstein und Haag kritisch zur Sprache kommt. Ministerpräsident Seehofer informierte Koschyk jetzt darüber, dass die Telekom sich ihrerseits bei den jüngsten Gesprächen in der Arbeitsgruppe nicht im Sinne der beiden Gemeinden gesprächsbereit zeigte. Insbesondere im Hinblick auf die Gemeinde Haag zeigte sich die Telekom nicht entgegenkommend und forderte, andere Anbieter oder Funklösungen nicht auszuschließen. Im Fall Betzenstein wird ein erneutes Angebot hingegen weiterhin für denkbar gehalten. Trotz der schwierigen Verhandlungssituation mit der Telekom wird die Bayerische Staatsregierung aber auch weiterhin auf die Telekom einwirken und beim Thema DSL nicht lockerlassen.

Ministerpräsident Seehofer: „Die Telekom hat mehrfach – wie im Fall Haag – übermittelte Kooperationsangebote zurückgezogen und dies mit den geänderten finanziellen Rahmenbedingung erklärt, die sich u. a. aus der Teilnehmeranschlussleitung (TAL)-Entscheidung der Bundesnetzagentur ergäben. Es bestehen Zweifel daran, ob die TAL-Entscheidung tatsächlich die von der Telekom behaupteten gravierenden wirtschaftlichen Auswirkungen hat".

Koschyk: „Ich bedauere sehr, dass sich die Telekom bislang dagegen sperrt, beiden Gemeinden ein erneutes tragfähiges Angebot zu unterbreiten. Es ist wichtig und richtig, dass der Bayerische Ministerpräsident im Fall der Gemeinde Haag exemplarisch deutlich macht, dass ein derartiges Verhalten der Deutschen Telekom AG auf das Unverständnis der Bayerischen Staatsregierung stößt und ich hoffe weiterhin, dass es gelingen wird, die Deutsche Telekom doch noch zu einem Einlenken zu bewegen."

EVANGELISCH-LUTHERISCHE KIRCHE IN BAYERN UND STAATSREGIERUNG EINIG:

Neue Autobahnkirche für Oberfranken

Im September 2009 konnte sich der Bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, gemeinsam mit Pfarrer Josef Hell, dem Bayreuther Landrat Hermann Hübner, Bürgermeister Manfred Thümmler, Kreis- und Stadtrat Hans Hümmer, dem Behördenleiter der Autobahndirektion Nordbayern, Helmut Schütz und dem Bayreuther Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk vor Ort ein Bild von der St.-Thomas-Kirche in Trockau machen. Bei seinem Besuch der Kirche in Trockau betonte der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann, dass – wenn die evangelische und die katholische Kirche sich für eine Autobahnkirche aussprechen – auch die Zustimmung der Bayerischen Staatsregierung für eine Autobahnkirche erfolgen wird.

Die Regionalbischöfin des Kirchenkreises Bayreuth, Frau Oberkirchenrätin Dr. Dorothea Greiner, informierte inzwischen Koschyk im Auftrag des Landesbischofs Dr. Johannes Friedrich, dass die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern die Benennung der St.-Thomas-Kirche in Trockau als „Autobahnkirche" unterstützt. Regionalbischöfin Dr. Greiner: „Die kurze Entfernung zur Autobahnkirche Himmelkron sollte nicht ausschlaggebend sein und zu einer Ablehnung führen, da nach dem Autobahnkreuz Richtung Süden keine einzige Autobahnkirche mehr besucht werden kann (…) Sowohl Pfarrer Hell als auch Dekan Schoenauer sind bestrebt, das Miteinander der Konfessionen zu fördern; die Anerkennung von St. Thomas zur Autobahnkirche ist ein Anlass mehr. Daher ist es für uns glaubhaft, dass diese Kirche im Eingangsbereich so gestaltet werden wird, dass auch evangelische Christen – durch auslegen evangelischer Gesangbücher und entsprechende Hinweise auch auf evangelische Kirchen in der Region – sich in diesem Gotteshaus willkommen fühlen werden. Die St.-Thomas-Kirche ist in unseren Augen daher eine geeignete Kirche, um sie als Autobahnkirche in Gebrauch zu nehmen."

Koschyk: „Nach der positive Stellungnahme durch Staatsminister Herrmann freut es mich sehr, dass die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern sich eindeutig für eine Benennung der St.-Thomas-Kirche in Trockau zur Autobahnkirche ausgesprochen hat.

Hartmut Koschyk im Gespräch mit Pfarrer Josef Hell, dem Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann, der Trockauer Kreis- und Stadtrat Hans Hümmer, Landrat Hermann Hübner und dem ersten Bürgermeister der Stadt Pegnitz, Manfred Thümmler.

ENGAGEMENT FÜR DIE GESCHWINDIGKEITS- UND LÄRMREDUZIERUNG AN DER BAB 9 IN WOLFSBACH

Geschwindigkeitsbeschränkungen wirksames Mittel

Ein politischer Dauerbrenner! Die Lärmbelästigung durch die BAB 9 betrifft zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bayreuth. Kein neues Thema für Hartmut Koschyk, setzt er sich doch bereits seit 2005 insbesondere für Georg Beher aus Wolfsbach ein, der am Rande der PWC-Anlage Sophienberg massiv durch den Verkehrslärm beeinträchtigt wird. „Kein neues Thema, aber es bleibt ein wichtiges Thema!", betont Hartmut Koschyk. Er unterstützt den Bayreuther Stadtrat, der in seiner Sitzung vom 24. Juni 2009 einstimmig eine Resolution beschlossen hat. Darin fordert der Bayreuther Stadtrat die Entscheidungsträger auf Bundes- und Landesebene auf, den Lärmschutz an der PWC-Anlage Sophienberg auf Höhe der Ausfahrt zu verbessern und die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Streckenabschnitt Sophienberg ab der langgezogenen Linkskurve bis zum Beginn des Drainasphalts (Flüsterasphalt) auf 120 km/h tagsüber und auf 80 km/h von 22.00 bis 6.00 Uhr zu begrenzen. Nachdem Bundesverkehrsminister Tiefensee und der Bayerischen Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann MdL, keine Abhilfe geschaffen haben, hat Koschyk nach dem Regierungswechsel einen erneuten Anlauf genommen. Der neue Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer ist von Koschyk bereits mit den Forderungen konfrontiert worden und auch Staatsminister Herrmann wurde von Koschyk aufgefordert, seine ablehnende Haltung zur Geschwindigkeitsreduzierung nochmals zu überdenken!

3. GOLDKRONACHER GESPRÄCHE MT WISSENSCHAFT, WIRTSCHAFT UND POLITIK

Internationale Mobilität

Der Regierungsbezirk Oberfranken hat seine Chance genutzt, von der einstigen Randlage in die Zentrallage Europas zu kommen. Das hat der Bayreuther Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk bei den 3. Goldkronacher Gesprächen festgestellt. Trotz der bestehenden Förderdisparität habe Oberfranken unheimlich aufgeholt, sagte Koschyk und machte seine Aussage an den immens gestiegenen oberfränkischen Exporten fest. Vor knapp 20 Jahren habe die Exportquote noch bei 20 Prozent gelegen, heute betrage die Exportquote fast 40 Prozent.

Wenn Oberfranken enorm zugelegt habe, so seien dafür nicht nur die Global Player wie der Bayreuther Zigarettenhersteller British American Tobacco oder das Pegnitzer Pumpenwerk KSB verantwortlich. Auch erfolgreiche mittelständische Unternehmen, wie etwa das Pegnitzer Unternehmen Baier + Köppel, das heute zu den weltweit erfolgsreichsten Herstellern von Zentralschmiersystemen zählt, hätten dazu einen erheblichen Teil beigetragen. Wenn es auch noch zahlreiche Herausforderungen zu meistern gibt, Oberfranken sei gut aufgestellt, sagte Koschyk. Gleichzeitig nannte der Politiker die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als eines der wichtigsten Themen der Zukunft. „Unser Ziel ist es, im Bereich Familienfreundlichkeit neue Maßstäbe zu setzen, sagte Koschyk und würdigte die hervorragende Hochschul- und Fachhochschullandschaft. Aber auch im Bereich der beruflichen Bildung sei der Regierungsbezirk bestens aufgestellt. „Berufliche Bildung aus Oberfranken ist längst ein Exportschlager“, sagte Koschyk und erinnerte an die Ausbildung junger Kfz-Mechaniker und Kfz-Mechatroniker aus China in der Handwerkskammer in Bayreuth.

Von links: Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß vom Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung an der Universität Kaiserslautern, Bayreuths Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl, Betriebsleiter Roland Neubauer von der Rauschert Heinersdorf-Pressig GmbH, die Bayerische Umweltstaatssekretärin Melanie Huml und der Staatssekretär im Finanzministerium Hartmut Koschyk und Brigitte Glos von der Agentur für Arbeit in Bayreuth.

Allerdings könne Oberfranken unter Umständen in den nächsten zehn bis 20 Jahren erneut vor einem Strukturwandel stehen. Darauf wies die Universitätsprofessorin Gabi Troeger-Weiß vom Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung an der Technischen Universität Kaiserslautern hin. Troeger-Weiß nannte den hohen Anteil an Automobilzulieferern als Grund für ihre These. Die Automobilzulieferindustrie wird sich auf Märkte konzentrieren müssen, die für sie interessant und offen sind. Als Beispiel dafür nannte die Referentin China oder Indien. Die europäischen Märkte werden dagegen bis dorthin gesättigt sein, so dass die Unternehmen zu Verlagerungen gezwungen sind.

Die Goldkronacher Gespräche, eine Veranstaltung der Technischen Universitäten Kaiserlautern und Chemnitz, haben das Ziel, einen positiven Beitrag zur Entwicklung Oberfrankens zu leisten und auf Herausforderungen hinzuweisen. In diesem Jahr befassten sich namhafte Referenten aus dem In- und Ausland unter anderem mit der Frage, welche Bedeutung die nationale und internationale Mobilität von Unternehmen und Arbeitnehmern für den Regierungsbezirk hat.

KOSCHYK INTERVENIERT BEI BAHNCHEF DR. RÜDIGER GRUBE

„Einsatz der Neigetechnik zwingend erforderlich”

Bereits unmittelbar nach der Abschaltung der Neigetechnik auf der Bahnstrecke Bayreuth – Nürnberg Mitte Oktober hatte sich Koschyk an den Vorstandsvorsitzenden der Bahn, Dr. Rüdiger Grube, gewandt und auf die „fatalen Folgen für Bayreuth“ hingewiesen. Mit Schreiben vom 24.11.2009 teilte nun Bahnchef Dr. Grube dem Abgeordneten mit, dass der „perspektivische Einsatz von Neigetechnikfahrzeugen auf der Strecke“ nicht in Frage gestellt sei. Auf die Forderung von Hartmut Koschyk, die Einsatzmöglichkeiten der dieselgetriebenen ICE-TD der Baureihe 605 als Zwischenlösung zu prüfen, reagierte der Bahnchef ablehnend. Nach Mitteilung von Hartmut Koschyk verweist die Deutsche Bahn darauf, dass diesbezüglich nur sechs Zugeinheiten zur Verfügung stünden und damit die Kapazitäten nicht ausreichend seien. „Die Antworten der Deutschen Bahn auf meine Forderung, die Neigetechnik wieder unverzüglich in Betrieb zu nehmen, können mich nur teilweise zufrieden stellen. Ich habe deshalb erneut ein Schreiben an den Bahnvorstand Dr. Grube gerichtet und einen genauen Zeitplan für die Wiedereinführung der Neigetechnik eingefordert.

CSU-ERFOLG IM RAHMEN DER KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Sofortprogramm in Höhe von 750 Mio. Euro für die deutschen Landwirte

„Das schon wenige Wochen nach der Bundestagswahl durch die Bundesregierung vorgestellte „Sonderprogramm Landwirtschaft" ist mit einem Umfang von 750 Mio. Euro einmalig in der jüngeren Geschichte der deutschen Landwirtschaft und wird in den Betrieben schnell und nachhaltig zu spürbaren Entlastungen führen. Die zügige Umsetzung der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zeigt, dass die Koalition aus CDU/CSU und FDP ihre Versprechen hält und die drängendsten Probleme ohne zu zögern anpackt. Das Sonderprogramm ist eine Reaktion auf die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage zahlloser landwirtschaftlicher Betriebe, die in Folge des massiven Einbruchs der Erzeugerpreise und der miserablen Erlössituation um ihr Überleben kämpfen. Mit einem ganzen Strauß an unterschiedlichen Maßnahmen soll nun die Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe weiter verbessert werden. Den Schwerpunkt der Maßnahmen setzt die Koalition auf milcherzeugende Betriebe, die mit einem Grünlandmilchprogramm im Umfang von rund 500 Mio. Euro unterstützt werden. Davon fließen bereits in 2010 rund 115 Mio. Euro in Form einer Grünlandprämie, um die außergewöhnlich schwierigen Bedingungen in diesem Bereich abzumildern. Als weitere Hilfsmaßnahme wird der Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung in den kommenden beiden Jahren, über die eigentlich schon vorgesehene Erhöhung hinaus, verdoppelt. Darüber hinaus wird es ein Anschlussprogramm für das bereits erfolgreich umgesetzte Liquiditätshilfeprogramm des Bundes geben. Für die Jahren 2010 und 2011 stehen jeweils 25 Mio. Euro für zinsverbilligte Liquiditätshilfedarlehen durch die landwirtschaftliche Rentenbank sowie zukünftig auch für Ausfallbürgschaften zur Verfügung. Durch diese Mittel können finanzielle Engpässe überbrückt und Verträge abgesichert werden, was den Betrieben finanzielle Sicherheit und Spielräume für weitere Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Als weitere Unterstützungsmaßnahme wird der Auszahlungszeitpunkt für die Betriebsprämie 2009 auf den 1. Dezember vorgezogen. Außerdem stehen wir zu den Zusagen beim Agrardiesel: Die bisher befristete Streichung der Obergrenze und des Selbstbehalts wird entfristet. Dies stärkt dauerhaft die Wettbewerbssituation aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland. Langfristig drängen wir weiterhin auf einen einheitlichen Steuersatz in ganz Europa. Zusammen mit den rund 210 Mio. Euro aus dem EU-Sofortprogramm für Milcherzeuger und dem von Ministerin Aigner ausgehandelten EU-Milchfonds steht nun auch der deutschen Landwirtschaft ein dringend erforderliches, wirksames Konjunkturpaket zur Verfügung. Die Mittel werden ausgewogen eingesetzt und kommen der Landwirtschaft insgesamt zu Gute, wobei der Schwerpunkt jedoch auf den Milcherzeugern, und dort speziell auf den Grünlandstandorten, liegt. Damit helfen wir den Bäuerinnen und Bauern, die Krise zu überstehen und die Zukunft zu meistern.

Bleibt Herzensangelegenheit von Hartmut Koschyk: Unterstützung der bäuerlichen Familien.

VERABSCHIEDUNG DES LANGJÄHRIGEN THW-GESCHÄFTSFÜHRERS

Dieter Stern im Ruhestand

Anlässlich seiner Verabschiedung in den Ruhestand traf der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hartmut Koschyk, den Geschäftsführer des THW Oberfranken, Dieter Stern. In dem Gespräch bedankte sich Hartmut Koschyk für sechzehn Jahre intensive, kollegiale Zusammenarbeit mit dem Technischen Hilfswerk bei dem langjährigen Geschäftsführer. Für den Ruhestand wünschte der Abgeordnete Dieter Stern alles erdenklich Gute und Gottes reichen Segen.

Koschyk ließ es sich nicht nehmen, auch bei der offiziellen Verabschiedung bei der Regierung von Oberfranken in Bayreuth teilzunehmen und Dieter Stern auch in diesem Rahmen seine Grüße und guten Wünsche für den Ruhestand zu übermitteln. In seinem Grußwort würdigte Koschyk auch die besonderen Verdienste des THW in Oberfranken.

TAG DER HEIMAT DES BUNDES DER VERTRIEBENEN IN FORCHHEIM

„Eintreten für die Vertriebenen ist mehr als Traditionspflege!"

Anlässlich der Feierstunde zum „Tag der Heimat" des Bundes der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften, Kreisverband Forchheim, sprach Hartmut Koschyk MdB im Rathaussaal in Forchheim. Der Leitgedanke der Veranstaltung „Wahrheit und Gerechtigkeit – ein starkes Europa" fand in Koschyks Rede seine Würdigung.

Seit 1950 erinnere der „Tag der Heimat" an die Vertreibung und Flucht Millionen Deutscher am Ende des Zweiten Weltkrieges. Am 6. August 1950 hätten die deutschen Heimatvertriebenen den ersten „Tag der Heimat" begangen. „Schon damals haben sie mit der Charta der Heimatvertriebenen die Hand zur Versöhnung in einem geeinten Europa ausgestreckt. Damit haben die deutschen Vertriebenen den „Tag der Heimat" zu einem Tag der Hoffnung begründet", so Koschyk in seiner Rede. Er wies ferner darauf hin, dass es falsch sei, das Eintreten für die Belange der Vertriebenen als bloße Traditionspflege zu verstehen. Es gehe ihm vielmehr immer wieder und mit ganz aktuellem Zeitbezug um die Frage, wie universelle Rechte interpretiert und zur Geltung gebracht werden könnten, so der Staatssekretär.

„Wahrheit und Gerechtigkeit – ein starkes Europa". Unter diesem Motto machte der Abgeordnete klar, dass die CSU mit großem Nachdruck nach wie vor dafür eintritt, dass Vertreibung überall in Europa und der Welt politisch geächtet wird. Es wäre daher falsch, so Koschyk, das Kapitel der Vertreibung und Aussiedlung einfach zu schließen und ad acta zu legen. Genau hier wolle die CSU in Zusammenarbeit mit den einzelnen Verbänden und besonders mit den Vereinigten Landsmannschaften vor Ort immer wieder ansetzen: „Wir hören zu, lernen von Zeitzeugen und artikulieren die Interessen der Aussiedler und Vertriebenen auf der politischen Ebene", so beschrieb Koschyk, wie er seine Rolle sieht.

Eduard Nöth MdL, Hartmut Koschyk MdB sowie der Forchheimer Oberbürgermeister Franz Stumpf danken dem Kreisvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Nikolaus Schwengler.

Er betonte ferner: „Wir jedenfalls sind zur Versöhnung bereit. Zugleich haben wir allen Grund, selbstbewusst Respekt und Anerkennung einzufordern", und er versicherte, dass er den notwendigen Dialog in der Gesellschaft, aber vor allem auch zu Deutschlands Nachbarländern fortführen werde.

BESUCH KOSCHYKS IM RAHMEN DES 6. BUNDESWEITEN VORLESETAGS

Kinderstube in Buchau feiert 20. Geburtstag

Mit lustigen Geschichten über den Drachen Minka hat Hartmut Koschyk bei den Kindern des integrativen Kindergartens Pegnitz-Buchau für große Augen gesorgt. Hintergrund der ungewöhnlichen Aktion war der 6. bundesweite Vorlesetag, zu dem unter anderem die Stiftung Lesen und die Wochenzeitung „Die Zeit" aufgerufen hatten. Ziel ist es, die Lesefreude zu steigern und mit dem Vorlesen schon bei den Jüngsten anzufangen.

Koschyk hatte sich die Kinderstube in Buchau deshalb ausgesucht, weil sie zum einen heuer ihren 20. Geburtstag feiert, zum anderen auf ein ganz besonderes Konzept aufbaut. „Wir setzen auf die drei Säulen Integration, vollwertige Ernährung und aktive Elternarbeit", sagte die Leiterin Cornelia Hofmann. Dies bedeute, dass ein Drittel der Kinder mit Behinderungen aufgenommen werden und ganz normal mit den nichtbehinderten Kindern unter einem Dach spielen und lernen können. Außerdem wird in der Küche des früheren Schulhauses zusammen mit den Kindern vollwertig gekocht. Schließlich werden die fünf Erzieher, darunter zwei Sozialpädagogen, zwei ehemalige Lehrerinnen und eine Kinderpflegerin, aktiv von den Eltern unterstützt, und zwar nicht nur im Kindergartenalltag, sondern auch bei der Ausgestaltung der Einrichtung.

MDB KOSCHYK BEIM 20-JÄHRIGEN BESTEHEN DER BERUFSFACHSCHULE FÜR ALTENPFLEGE IN BAYREUTH

Pflegeberufe sollen attraktiver werden

Mit einer Festveranstaltung und einem Tag der offenen Tür ist im Oktober das 20-jährige Bestehen der Berufsfachschule für Altenpflege des Bayerischen Roten Kreuzes in Bayreuth gefeiert worden. Bei einer Podiumsdiskussion zum Auftakt waren sich dabei sämtliche Teilnehmer aus Politik, Verwaltung und Praxis einig, dass die Bedeutung der Pflege vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung immer wichtiger werde. Dies sei im neuen Koalitionsvertrag unter anderem dadurch vorgesehen, indem die beiden bisher getrennten Berufsgesetze zur Krankenpflege auf der einen Seite und zur Altenpflege auf der anderen zusammengeführt werden sollen, kündigte Koschyk an. „Wir hoffen, dadurch das Berufsbild attraktiver gestalten zu können", sagte der Abgeordnete. Bei attraktiven Bedingungen müsste es sehr wohl möglich sein, den notwendigen Bedarf mit Kräften zu decken, die derzeit auf Arbeitssuche sind. „Wir werden künftig jeden brauchen, der bereit ist, sich entsprechend zu qualifizieren." Zur Zukunft der Pflegeversicherung kündigte Koschyk langfristig eine „demografiefeste Lösung" an. Diese könnte unter anderem darin bestehen, dass zur derzeitigen Umlagefinanzierung auch kapitalgedeckte Elemente kommen. Landrat Hermann Hübner sprach sich dafür aus, das Thema Altenpflege mehr in den Fokus des öffentlichen Bewusstseins zu rücken. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sei das Thema mindestens genauso wichtig, wie die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Kinderbetreuungsplätzen. BRK-Kreisvorsitzender Dietel forderte von der Politik, den Pflegebereich dringend von Bürokratie zu entlasten. „Wir brauchen mehr menschliche Zuwendung statt Papier, Statistiken und Aufzeichnungen."

BRK-Kreisgeschäftsführer Peter Herzing, Klinikumsgeschäftsführer Roland Ranftl, Martina Schulz von der Regierung von Oberfranken, Moderator Andreas Rietschel, Hartmut Koschyk, Landrat Hermann Hübner und der frühere Landrat und BRK-Kreisvorsitzende Dr. Klaus-Günter Dietel

KOSCHYK INITIIERT SONDERAUSSTELLUNG ZUM 20. JAHRESTAG DES MAUERFALLS

Invasion von Trabis in Bayreuth

Bilder, wie sie die Menschen in der Stadt bis dahin noch nicht gesehen hatten, zeigt eine Ausstellung zum 20. Jahrestag des Mauerfalls im Historischen Museum am Kirchplatz in Bayreuth, zu deren Eröffnung Staatssekretär Hartmut Koschyk sprach. Gezeigt werden zahlreiche großformatige Fotos und historische Dokumente, die an das Wochenende des 11. und 12. November 1989 erinnern, als eine Invasion von Trabis mit Menschen aus der damaligen DDR in der Stadt eintraf. Eingebettet ist die Schau in eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Auf zahlreichen Tafeln wird dabei die politische Entwicklung der DDR in den letzten Wochen ihres Bestehens aufgezeigt.

„Die Bayreuther saßen damals bei einem weltgeschichtlichen Umbruch in der ersten Reihe", sagte der Initiator der Ausstellung, der Bundestagsabgeordnete und Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk bei der Eröffnung. Nach den Worten des Politikers sind allein an jenem Wochenende 25.000 Menschen aus der damaligen DDR nach Bayreuth gekommen, bis zum Jahresende 1989 seien rund eine halbe Million DDR-Bürger in der Stadt gezählt worden. Bayreuth und der Regierungsbezirk Oberfranken seien sich ihrer historischen Rolle während der deutsch-deutschen Teilung und auch danach bewusst gewesen und hätten stets in gesamtdeutscher Dimension gedacht, sagte Koschyk

Hartmut Koschyk MdB, Museumsleiterin Sylvia Habermann und Stadtchronist Bernd Mayer (v.l.) eröffneten die Ausstellung zum 20. Jahrestag des Mauerfalls im Historischen Museum der Stadt

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, als deren stellvertretender Stiftungsratsvorsitzender Koschyk tätig ist, war aus den beiden Enquete-Kommissionen hervorgegangen, in denen sich der Bundestag zusammen mit externen Sachverständigen zwischen 1992 und 1998 mit den Folgen der SED-Diktatur beschäftigt hatte. Mit einem Stiftungskapital in Höhe von rund 55 Millionen Euro ehemaliger SED-Gelder ist es heute Aufgabe der Stiftung, unter anderem Opfer des Regimes zu betreuen, Archive zu sichern, andere Länder zu beraten, die mit Diktaturen zu tun hatten, und eben Ausstellungen, wie die im Historischen Museum in Bayreuth aufzubereiten.

Als „Zeitzeuge" berichtete der Bayreuther Stadthistoriker Bernd Mayer, aus dessen Sammlung auch ein Großteil der gezeigten Bilder stammt. Mayer, der damals von früh bis spät mit der Kamera in Bayreuth unterwegs war, erinnerte an patriotische Gefühle, wie bei der Fußballweltmeisterschaft, an einen nationalen wie lokalen Erregungszustand und an eine Außervollzugssetzung aller Straßenverkehrsregeln.

Von links: Hartmut Koschyk MdB, die deutsche Weinkönigin Sonja Christ, Raiffeisenverbandspräsident Manfred Nüssel

Koschyk trifft deutsche Weinkönigin Sonja Christ

Am traditionellen Weinfest der Deutschen Winzergenossenschaften, zu der der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, Manfred Nüssel, in Berlin eingeladen hatte, nahm auch der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hartmut Koschyk MdB, teil. Koschyk zeigte sich beeindruckt von der Qualität und der Sortenvielfalt des deutschen Weinbaus. Die derzeitige deutsche Weinkönigin Sonja Christ, die aus Rheinland-Pfalz stammt, erläuterte Koschyk die aktuellen Marketing-Bemühungen der deutschen Weinerzeuger, vor allem auch im Ausland. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages hatte sich Koschyk auch für die Werbung für deutsche Weine in der Republik Korea stark gemacht. Gemeinsam mit Raiffeisenpräsident Manfred Nüssel lud Koschyk die deutsche Weinkönigin einmal zu einem Besuch in Bayreuth ein.

Bei der Jubiläumsveranstaltung „Zehn Jahre Rotary-Lectures" des Rotary-Clubs Bayreuth-Eremitage begrüßte der Bayreuther Bundestagsabgeordnete Staatssekretär Hartmut Koschyk den früheren Bundespräsidenten Prof. Dr. Roman Herzog.

Altbundespräsident Roman Herzog zu Gast beim Rotary-Club Bayreuth-Eremitage

Zur Wachsamkeit hat Altbundespräsident Roman Herzog beim zehnjährigen Bestehen der Rotary-Lectures in Bayreuth aufgerufen. „Wir können nur aufpassen, dass das System einigermaßen so fortexistiert, wie es jetzt besteht", sagte Herzog vor dem Hintergrund des derzeitigen Umbruchs im politischen Parteiensystem. Bei der Veranstaltung des Rotary-Clubs Eremitage warnte der frühere Bundespräsident davor, allzu locker mit der Demokratie umzugehen. Die Staatskunst sei gefordert, den Zusammenhalt zu erreichen und die rechten und linken politischen Flügel „sicher zu machen". Hartmut Koschyk war Mitinitiator der Veranstaltungsreihe. Vor zehn Jahren war der erste Gast Dr. Friedrich Merz. Für das nächste Jahr hat Hartmut Koschyk den Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg angefragt.

www.koschyk.de

koschyks
politische Korrespondenz

IMPRESSUM

Herausgeber:
Hartmut Koschyk MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 - 73353
e-Mail: hartmut.koschyk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bayreuth
Wölfelstraße 6 · 95444 Bayreuth
Tel. (0921) 76430 - 0
e-Mail: hartmut.koschyk@wk.bundestag.de

Redaktion:
Thomas Konhäuser, Dr. Oliver Junk

Gestaltung:
fresh!Advertising · www.fresh-bayreuth.de